
Richtlinien der Zentrumspartei von 1922

Zusammenfassung

Mit ihren bis zum Ende der Weimarer Republik gültigen Richtlinien von 1922 entwarf die Zentrumspartei, die Partei des politischen Katholizismus, ein umfassendes Programm der Mitte mit christlicher Akzentsetzung. Ziel des Programms war es, breite Wirkungsmöglichkeiten im Verfassungsstaat von Weimar zu erlangen und alle Bürger zu einer verantwortungsbewussten Mitarbeit am "Volksstaat" zu gewinnen. Dieser soll sich stetig und kraftvoll, von der "sittlichen Idee des Rechts geleitet", entfalten und eine gleichberechtigte Stellung in einer "Christlichen Völkergemeinschaft" oder sonstigen "Völkervereinigung" einnehmen. Dazu machten die Richtlinien teils detaillierte Aussagen zur Außenpolitik, zu der auf einer starken Parteienkoalition beruhenden Staats- und Verwaltungsordnung, zu einem sparsamen und ausgeglichenen Finanzwesen, zur Wirtschaft und ihren Gewerbezweigen sowie zur Kultur und zu einem gegliederten Schulwesen. Zur Realisierung ihrer Ziele fehlte der Zentrumspartei allerdings der breite Rückhalt in der deutschen Wählerschaft, die weiterhin von konfessionellen, weltanschaulichen und sozialen Trennungslinien zerschnitten war.

Einführung

Die Zentrumspartei bildete einen genuinen und integrierenden, wenngleich lange umstrittenen Bestandteil des modernen deutschen Parteiwesens. Drei Wurzeln lagen ihr zugrunde: Erstens ist das Streben nach angemessener Repräsentanz christlich-kirchlich gesinnter Personengruppen im zunehmend säkularistischen Nationalstaat zu nennen. Von daher forderten die politisch aktiv werdenden Katholiken seit 1848 die Gewährung kirchlicher Freiheitsrechte, die für sie im Rang bürgerlicher Grundrechte standen. Zweitens erschien vielen großdeutsch eingestellten Katholiken nach der kleindeutschen Reichseinigung von 1871 als unabweisbar, für die Erhaltung der bundesstaatlichen Gliederung und die nunmehrige Minoritäts-Existenz einzutreten. Drittens bezeugten bereits erste Wahlaufufe, Konferenzen und Programmwürfe der 1860er Jahre ein Bewusstsein für die sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen der entstehenden Industriegesellschaft.

Im Dezember 1870 bildete das Zentrum eine Fraktion von 48 Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus. Ihr Vorläufer war die dort bis 1867 bestehende Katholische Fraktion (Zentrum). Anfang 1871 schlossen sich nach den ersten Reichstagswahlen im Gefolge der Reichseinigung von 1870/71 67 Abgeordnete zur Zentrumsfraktion des Reichstags zusammen. Diese blieb mit Führungspersönlichkeiten wie Ludwig Windthorst, Ernst Lieber, Alfred von Hompesch, Georg von Hertling und Peter Spahn bis zum Ende des Kaiserreichs die bestimmende Kraft der Partei. Erst am 8. Februar 1914 trat das erste zentrale Spitzengremium des Zentrums, der Reichsparteiausschuss, zusammen.

Das Zentrum verstand sich als politische und überkonfessionelle Partei, die für die Wahrung des Rechts und der Verfassung eintrat. Doch entwickelte es sich infolge des Kulturkampfes, den Reichskanzler Otto von Bismarck und der nationale Liberalismus entfesselten, de facto zur Vertreterin der katholischen Volksminderheit, deren Anteil 1910 bei 36,7% an der Gesamtbevölkerung Deutschlands lag.

Die Bedrohung von außen führte zu innerer Geschlossenheit. Das Zentrum umfasste Angehörige aller sozialen Schichten, deren Interessenausgleich ihm auch programmatisch angelegen war. Zwischen 1874 und 1890 stimmten zeitweise über 80% der wahlberechtigten Katholiken für die Zentrumspartei. Während dieser Jahre entstand auch eine regional differenzierte katholische Presse. Anstelle einer Parteiorganisation dienten die katholischen Vereine dem Zentrum als soziale Basis. Der bedeutendste von ihnen wurde nach 1890 der Volksverein für das katholische Deutschland. Er widmete sich "apologetischen" Aufgaben und der sozialen Schulung der Industriearbeiter. Auch das Gewerbe, der Kaufmanns- und der Mittelstand fanden im Zentrum Vertretung. Zur Unterstützung der vielfach an den Universitäten zurückgesetzten katholischen Gelehrten wurde 1876 bei Bonn die Goerres-Gesellschaft gegründet.

Seit 1894 wirkten die dem Zentrum nahe stehenden Christlichen Gewerkschaften der sozialistischen Agitation unter den Industriearbeitern entgegen. Da sie, anders als die katholischen Fachabteilungen, Arbeiter verschiedener konfessioneller Herkunft aufnahmen, wurden sie erst nach innerkatholischen Auseinandersetzungen von der kirchlichen Hierarchie anerkannt. Während dem Zentrum die Solidarisierung mit der "reichsfeindlichen" polnischen und elsässischen Minderheit gelang, konnte die Bruchlinie zum selbstbewussten, politisch liberal, konservativ oder sozial orientierten Protestantismus bis 1933 bzw. 1945 nicht überwunden werden. Die Aufrufe der "Kölner Richtung" Julius und Carl Bachems, den "Zentrumsturm" zu verlassen, sowie die Verteidigung der protestantischen Landsleute gegen publizistische Angriffe französischer Katholiken im Ersten Weltkrieg, die den hohen Grad der "Integration" der Katholiken im Kaiserreich anzeigte, blieben so ohne Wirkung.

Andererseits überstand der Katholizismus den Umbruch von 1918/19 besser als andere politische Gruppierungen. Da die Katholiken im Kaiserreich teilweise systematisch zurückgesetzt worden waren, gewannen zumindest ihre Führungskräfte leichter Abstand von diesem Staatsgebilde als viele evangelische Christen. Auch der Abschied von der Monarchie fiel ihnen leichter, weil die katholische Staatslehre die jederzeit zu bewahrende Ordnung des Gemeinwesens über die Staatsform stellte. Jedoch enthüllte das Vordringen der sozialdemokratischen, radikal sozialistischen und kommunistischen Kräfte in der Revolution von 1918, dass eine große geschlossene Gegenkraft fehlte. An frühere Versuche der Ausweitung des Zentrums (1918) anschließend, propagierte der christliche Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald vor 340 Delegierten des Essener Kongresses am 20. November 1920 die "Zusammenfassung der vaterländischen, christlichen, volkstümlichen und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten" in einer "großen gemäßigten Partei", die "auf der Grundlage positiv christlicher Gesinnung" ruhen sollte. Doch die Resonanz im Zentrum, wie bei den anderen Parteien, blieb aus. Hinzu kam die Ungunst der Zeitsituation mit ihren wirtschaftlichen Problemen und politischen Dissonanzen, zumal die Konfessionsschranken sich auf politischem Gebiet als unüberwindbar erwiesen.

Ein gewisser Ersatz für die verpasste Chance kann darin gesehen werden, dass das Zentrum sich als Partei der Mitte definierte und eine zunächst nach links, dann auch nach rechts offene Koalitionspolitik betrieb. Im Sinne eines umfassenden Gestaltungsanspruches lässt sich die Aussage des Kulturexperten der Partei, Georg Schreiber, vom Januar 1923 interpretieren: "Das Zentrum sei jetzt mehr denn je das Zentrum des deutschen Parteilebens". Nach der Revolution wollte die Partei zum Neuaufbau wesentlich beitragen und zu diesem Zweck eine den staatspolitischen Notwendigkeiten gerecht werdende Sachpolitik treiben. So nahmen denn die Richtlinien von 1922, "ein neues Programm für die alte Partei" (R. Morsey), zu allen

wichtigen Bereichen des Staatslebens prononciert Stellung: zu den "Auswärtigen Angelegenheiten", zu "Staatsordnung und Verwaltung", zu "Finanzwesen und Steuern", zu "Wirtschaft und Arbeit", zu "Volkswohlfahrt und Kultur".

Die Betonung der Sach- und Staatspolitik schien geeignet, gemeinsames überparteiliches Handeln zu erleichtern und die immer noch virulenten konfessionspolitischen Vorbehalte zu entkräften. Das Bekenntnis der Richtlinien zu einer "zielklaren christlich-nationalen Politik" spiegelte wohl den seit der Revolution von 1918/19 gestärkten Einfluss der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wider. Die Kerntruppe der Christlichen Gewerkschaften war durch die Einzelverbände der deutschen Angestelltengewerkschaften und der Beamtengruppe verstärkt worden; Fühler reichten weiter in die liberal orientierten Verbände hinein.

Die Offenheit und Sachorientierung der "Richtlinien" trug zudem der unifizierenden Tendenz des Weimarer Staates Rechnung, zu der nun die Finanzreform des bekannten Zentrumsparlamentariers Matthias Erzberger erheblich beitrug. Während die Bayerische Volkspartei den Föderalismus auf den Schild erhob und um dessentwillen auch die Fraktionsgemeinschaft mit der Schwesterpartei verweigerte, bildete dieser alte Programmpunkt für das Zentrum keinen Glaubenssatz.

Die durch die Kriegsfolgelasten und die Reparationen geförderte Tendenz zum Einheitsstaat nötigte das Zentrum allerdings zum verstärkten Wettstreit mit den Kräften des Liberalismus und mit den zwischen Mäßigung und Radikalismus schwankenden Sozialdemokraten. Die christliche Staatslehre und Philosophie, die Bildungs- und Jugendarbeit (Windthorstbunde) und damit die weltanschaulichen Grundlagen erfuhren eine neue Akzentuierung. Die Propagandatätigkeit schlug sich z.B. in den "Mitteilungen der Deutschen Zentrumspartei" (seit 1924) und in dem die verschiedenen Politikfelder behandelnden "Politischen Jahrbuch" (1925-1928) nieder.

Diese Betonung des weltanschaulichen Charakters der Zentrumspartei trat in einen gewissen Gegensatz zur tendenziell vorbehaltlosen Koalitionspolitik. Gegen konservative Tendenzen in den eigenen Reihen verteidigte die Zentrumsführung wiederum ihren maßgeblichen Anteil an der Weimarer Verfassungsarbeit und den pragmatisch zu verstehenden ersten Verfassungsartikel, dass die Staatsgewalt vom Volke (statt von Gott) ausgehe.

Die "christliche Volkspartei", wie sich das Zentrum seit 1918 nannte, setzte sich zunehmend für die Republik und die aktive Mitarbeit in dieser ein. Nach der Ermordung des Zentrumspolitiker Erzberger durch rechtsradikale Täter formulierte sein Parteifreund Joseph Wirth, 1921 Reichskanzler, dann Außen- und Finanzminister: "Der Feind steht rechts". Der Publizist Carl Muth forderte 1926 in der Zeitschrift "Hochland", Partei für die verfassungsmäßig gebotene Republik zu ergreifen, statt indifferent abzuwarten. Auf dem 4. Reichsparteitag des Zentrums in Kassel 1925 waren ähnliche Stimmen zu vernehmen. 1931 wandte sich Karl Bachem in seinem Geschichtswerk über die Zentrumspartei scharf gegen den Nationalsozialismus, während der Zentrumskanzler Heinrich Brüning Anfälligkeit immerhin für autoritäre Tendenzen zeigte.

Auch an der sinkenden Anzahl der Reichstagsabgeordneten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ließ sich ablesen, dass der Weimarer Republik die Wähler davonliefen: Ihr Anteil sank von 1919 21,2 % bei den Wahlen zur Nationalversammlung auf 15,1 % bei der Reichstagswahl vom 14. Sept. 1930.

Das Jahr der "Machtergreifung" 1933 bedeutete das Ende des Zentrums. Das NS-Regime übte so starken Druck auf die Partei aus, dass diese sich schließlich im Juli 1933 als letzte "bürgerliche" Partei selbst auflöste. Viele Abgeordnete und Mitglieder des Zentrums wurden als ehemalige Angehörige einer der verhassten

Weimarer "Systemparteien" von den Nationalsozialisten beruflich benachteiligt, bespitzelt, verfolgt, verhaftet oder ins Exil gezwungen.

Die Wiederbegründung der Deutschen Zentrumspartei fand im Oktober 1945 in Soest statt. Die führende Gründerpersönlichkeit war der frühere Generalsekretär des rheinischen Zentrums, Wilhelm Hamacher. Die Partei wollte weiterhin die Interessen des katholischen Bevölkerungsteils vertreten, lehnte den Protestantismus als nationalistisch belastet ab und akzentuierte ein nach links weit geöffnetes Programm. Die Mehrheit der Führung der Orts- und Provinz-Vereine des früheren Zentrums brachte sich indes in die überkonfessionelle Gründung der Christlich Demokratischen Union (CDU) ein. Unter den gänzlich gewandelten Bedingungen der zweiten Nachkriegszeit beteiligten sich frühere Zentrumsmitglieder wie Konrad Adenauer und Adam Stegerwald maßgeblich an der Neubildung der Unionsparteien CDU und CSU. Sie taten dies aus innerer Überzeugung, um nach einer beispiellosen Niederlage christliche Grundsätze und frühere Wertmaßstäbe in eine zwischen 1933 und 1945 pervertierte Politik einzubringen, aber auch in dem Bewusstsein, dass die neuen interkonfessionellen Volksparteien den Herausforderungen einer gewandelten Welt und schwer berechenbaren Zukunft ausgesetzt waren.

Winfried Becker

Quellen- und Literaturhinweise

Bachem, K., Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, Bd. 8, Köln 1931.

Cary, N.D., The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer, Cambridge/MA u. London, 1996.

Forster, B., Adam Stegerwald (1874-1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumsmitglied, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.

Haunfelder, B., Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien, Düsseldorf 1999.

Lepper, H. (Bearb.), Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufufe, Satzungen und Statuten des Zentrums 1870-1933. Eine Quellensammlung zur Geschichte insbesondere der Rheinischen und Westfälischen Zentrumspartei, Düsseldorf 1998.

Morsey, R., Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

Morsey, R., Ruppert, K. (Bearb.), Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920-1925, Mainz 1981.

Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei (Hg.), Offizieller Bericht des Zweiten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei. Tagung zu Berlin vom 15. bis 17. Januar 1922. Berlin o.J.

Ruppert, K., Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Schulte, K.A. (Hg.), Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der Weimarer Republik, Berlin 1929.

Richtlinien der Zentrumspartei von 1922

Die Zentrumspartei ist die christliche Volkspartei, die bewußt zur deutschen Volksgemeinschaft steht und fest entschlossen ist, die Grundsätze des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen. Sie sieht in einer zielklaren christlich-nationalen Politik die sichere Gewähr für die Erneuerung und die Zukunft des deutschen Volkes.

Die Geschlossenheit der deutschen Stämme nach außen und die einheitliche Kraftentfaltung im Innern sind Grundlage der Weltgeltung Deutschlands. Auf diese nationalen Notwendigkeiten, die unbedingt der Parteipolitik überzuordnen sind, muß

der politische Wille des ganzen Volkes eingestellt werden. Das Verlangen nach Selbstbehauptung und Selbstbestimmung soll dabei nicht vom eigensüchtigen Machtgedanken, sondern von der sittlichen Idee des Rechtes geleitet sein. Die wahre christliche Völkergemeinschaft gilt der Zentrumsparlei als höchstes Ideal der Weltpolitik.

Die Stellung der Zentrumsparlei zu den innerstaatlichen Angelegenheiten wird durch die christliche Staatsauffassung und durch den überlieferten Charakter als Verfassungspartei bestimmt. Jeden gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Zustände lehnt sie grundsätzlich ab. Ebenso entschieden, wie sie die Staatsallmacht verwirft, bekämpft sie die Verneinung oder Auflösung des Staatsgedankens. Die Staatsgewalt findet ihre Grenzen im natürlichen Recht und im göttlichen Gesetz; die Unterordnung und Pflichterfüllung dem Staate gegenüber ist eine Forderung des Gewissens.

Die Zentrumsparlei bekennt sich zum deutschen Volksstaat, dessen Form durch den Willen des Volkes auf verfassungsmäßigem Wege bestimmt wird. Das Volk muß als Träger der Staatsgewalt mit dem Bewusstsein der Verantwortung für die Staatsgeschichte erfüllt werden. Darum sind die Bürger aller Volksschichten in weitgehender Selbstverwaltung an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, wobei das Berufsbeamtentum Rückgrat der Verwaltung bleiben muß. Die Vorherrschaft einer Klasse oder Kaste ist mit dem Wesen des Volksstaates unvereinbar. Die verantwortliche Anteilnahme aller Bürger an den Aufgaben des Volksstaates bedingt die politische Gleichberechtigung der Frau und volle Ausweitung der weiblichen Mitarbeit in Gesetzgebung und Verwaltung.

Die Reichseinheit, die begründet ist in der Kulturgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit der deutschen Stämme, gilt der Zentrumsparlei als unverletzlich. Mit ihr steht und fällt die staatliche Lebenskraft des deutschen Volkes. Im Rahmen der Reichseinheit ist das Eigenleben der Länder zu schützen und zu pflegen. Eine starke Zentralgewalt sichert den Stämmen und Ländern Bestand und Lebensentfaltung; der zentralistische Staatsaufbau entspricht nicht dem deutschen Volkscharakter.

Das organische Wachstum der deutschen Volksgemeinschaft beruht auf der Solidarität aller Schichten und Berufsstände. Die Zentrumsparlei will die natürlich gegebene Gemeinsamkeit im Geiste christlich-sozialer Lebensauffassung zu einem starken Gemeinschaftsbewusstsein entwickeln und damit dem staatlichen Leben dienstbar machen. Sie lehnt Klassenkampf und Klassenherrschaft grundsätzlich ab, will dagegen die Auswirkung der sozialen Triebkräfte des Berufsgedankens und der Berufsgemeinschaft. Als Grundlage des berufsständischen Aufbaues hat [sic!] die organisierte Selbsthilfe und die freie Genossenschaft zu gelten.

Die Zentrumsparlei will die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik im gleichen christlich-sozialen Geiste und in engster Verbindung miteinander geführt wissen. Endziel der Wirtschaft muß der Mensch und seine höhere Lebensaufgabe sein. Darum dürfen Menschenwürde und sittlicher Charakter der Arbeit niemals den rein wirtschaftlichen Zwecken geopfert werden. Die Wirtschaftsordnung muß vom Gemeinsinn getragen sein und das Gesamtwohl über den Vorteil des Einzelnen stellen. Den politischen, sozialen und kulturellen Gefahren einer Übermacht des Kapitals ist weitschauend vorzubeugen. An alle Träger des Wirtschaftslebens, an Grundbesitz und Kapital, an Kopf- und Handarbeiter richtet sich die Forderung des pflichtmäßigen Dienstes am Gemeinwohl.

Arbeit und Wirtschaft haben den Lebensbedarf des Einzelnen und der Gemeinschaft zu befriedigen, haben jedem Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Dieses Ziel verlangt neben der zunehmenden Steigerung der

Gütererzeugung eine gerechte Güterverteilung, die allen Volksschichten außer dem Lebensnotwendigen die Teilnahme an den Kulturwerten sichert. Die Zentrumsparterie hält grundsätzlich am Privateigentum fest und ist bestrebt, die Zahl der Eigentümer ständig zu mehren. Sie erkennt die volkswirtschaftliche Bedeutung der freien Unternehmertätigkeit und der persönlichen Erwerbslust an. Als gleich bedeutsam schätzt sie die Hebung der Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer ein. Darum will sie auch diesen Mitverwaltung sichern, Ertragsbeteiligung und Eigentum ermöglichen.

Die staatliche Sozialpolitik muß planvoll fortgeführt und ausgebaut werden. Sie soll zunächst dem Schutz und der Förderung der Berufsstände dienen; im übrigen müssen unparteiische Abwägung und Ausgleichung der entgegengesetzten Interessen, gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten, tatkräftige Unterstützung der wirtschaftlich Schwachen feststehende Richtpunkte für die gesamte Gesetzgebung und Verwaltung sein. Darüber hinaus weist die Zentrumsparterie dem Wohlfahrtsstaate umfassende Aufgaben der unmittelbaren Volksfürsorge und Wohlfahrtspflege zu, die gemeinsam mit der freien und kirchlichen Liebestätigkeit zu lösen sind.

Die deutsche Kulturpolitik muß auf die Erneuerung und Festigung der geistigen und sittlichen Volksgemeinschaft abzielen. Die Kultur des deutschen Volkes wurzelt in der christlichen Religion; die Zentrumsparterie betrachtet es daher als ihre besondere Aufgabe, unter Wahrung der verfassungsmäßigen Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit und Unterrichtsfreiheit das christlich-deutsche Geisteserbe zu schützen und die freie Auswirkung der religiösen Lebenskräfte zu sichern. Die Zentrumsparterie will die Freiheit und Unabhängigkeit der kirchlichen Gemeinschaften und ihren Einfluß auf das Volksleben gewahrt wissen. Staat und Kirche sollen zum Segen der Volksnatur auf allen Gebieten einträchtig, ohne Verletzung der beiderseitigen Selbständigkeit, zusammenwirken.

Den Gefahren einer geistigen und moralischen Zersetzung des Volkslebens tritt die Zentrumsparterie mit allem Nachdruck entgegen. Die Volkssittlichkeit ist die Quelle der Volksgesundheit und der Nährboden aller kulturgestaltenden Kräfte. Die Familie muß als Keimzelle der menschlichen Gemeinschaft und als wesentlichste Lebensbedingung der Kultur gesund erhalten werden. Die mütterliche und heimgestaltende Kraft der Frau in Familie und Volksleben ist als unersetzbares Volksgut zu hüten.

Die Erziehung des heranwachsenden Geschlechts zu persönlicher, beruflicher und staatsbürgerlicher Tüchtigkeit unter voller Entfaltung der christlichen Lebenswerte ist als Daseinsfrage des deutschen Volkes eine Hauptsorge der Zentrumsparterie. Sie erkennt den Anteil des Staates an der Jugenderziehung durchaus an, muß aber das staatliche Schulmonopol ablehnen und an dem Rechte der Kirche auf die religiös-sittliche Erziehung der Jugend unbedingt festhalten. Sie tritt entschieden für das natürliche, auch in der Reichsverfassung verbürgte Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder ein und fordert grundsätzlich die Bekenntnisschule.

Die Leitgedanken der Zentrumsparterie sind also: Nationale Freiheit und Erneuerung, christliche Staatsauffassung, Volksstaat und Reichseinheit unter Wahrung des Eigenlebens der Länder, sittliche und soziale Wirtschaftsordnung, christlich-deutsche Volkskultur, christliche Völkergemeinschaft.

Faksimile

Die 24 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in St- Augustin bei Bonn, Bestand Zentrum 06-051-321.

© Faksimile Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in St- Augustin bei

Bonn 2006.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0005_zen.pdf
Datum: 19. September 2011 um 22:44:26 Uhr CEST.
© BSB München
